

Menschenrechte

Schwarzer Verbinder

Amnesty International stellt Deutschland und seine Nachbarn an den Pranger. Radikalisiert sich die Menschenrechtsorganisation?

Jedes Jahr purzeln bei Amnesty die Rekorde. Insgesamt 161 Länder, so meldete die Organisation am vorigen Donnerstag, verletzen die Menschenrechte. Im Jahr zuvor waren es noch 142, Ende der achtziger Jahre gerade 128 Staaten.

im Nahen Osten verzeichnen sie auch penibel die häufig rassistisch motivierten Mißhandlungen in Polizeiwachstuben Europas – etwa in Frankreich, Italien, Portugal, Rumänien und Deutschland. Die Menschenrechtskämpfer attackieren vehement die „immer restriktivere Flüchtlingspolitik der EG“ und die Verschärfung der Asylgesetze auf dem Kontinent, die „den Schutz von Opfern erheblich erschwert“.

„Jedes Menschenleben hat für uns das gleiche Gewicht“, tritt der neue Amnesty-Generalsekretär Pierre Sané, 45, Kritikern entgegen, die nicht verstehen wollen, warum im Amnesty-Bericht demokratische Staaten neben Folterländern aufgeführt werden.

Der Senegalese, der im Oktober letzten Jahres als erster Vertreter aus der Dritten Welt den Sprung an die Spitze der größten Menschenrechtsorganisation schaffte, „personifiziert die zukünftigen Ziele der Bewegung“, wie er selbst

Sané, „braucht man eine wirklich globale Bewegung, die Instrumente entwickelt, die auch den einzelnen Gesellschaften entsprechen.“

Mehr als die Hälfte der 51 nationalen Amnesty-Sektionen befinden sich schon heute in Entwicklungsländern; in diesem Jahr wurden bereits neue Büros in Nepal, Bangladesch, Kolumbien und Südkorea eröffnet. 1,1 Millionen Mitglieder zählt die Organisation derzeit, 15 Millionen hält Sané für durchaus realistisch: Das Rote Kreuz und der Rote Halbmond stützen sich sogar auf 250 Millionen Spender.

Jeder Teilnehmer einer Lichterkette sei „ein potentielles Amnesty-Mitglied“, glaubt Sané. Aber nur durch eine „gezielte Expansion der Organisation in der Dritten Welt“ könne sich die finanzielle Abhängigkeit von der Londoner Zentrale mit ihren 300 Mitarbeitern verringern. Noch bringen die nördlichen Sektionen knapp 90 Prozent des Budgets auf.

Der neue Amnesty-Chef will verstärkt Themen aufgreifen, die wohlstandsverwöhnte Aktivisten aus den Industrieländern vergraulen könnten. „Wir können zum Hungertod nicht schweigen, er ist eine Art der Folter“, sagt Sané. „Doch in einigen Ländern wird mehr Geld für das Hundefutter ausgegeben als für die Ernährung der Völker der Erde.“ Jede Entscheidung der Uno, der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds schläge sich „auf nationaler Ebene als Menschenrechtsproblem nieder“.

Auch die deutsche Sektion räumt inzwischen ein, daß „wir zwar von der Unteilbarkeit der Menschenrechte reden, aber bislang für die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte zu wenig getan haben“, meint Deile. Während die Menschenrechte „immer mehr zum umkämpften Gegenstand in der internationalen Politik werden“, so Deile, will Amnesty-Deutschland verstärkt die Zusammenarbeit mit dem DGB, Entwicklungsorganisationen und Dritte-Welt-Solidaritätsgruppen suchen.

Das neue Engagement macht sich bereits bezahlt. Der schwarze Weltenverbinder Sané hatte während der Wiener Menschenrechtskonferenz beim Treffen von 1500 Nicht-Regierungsorganisationen seinen ersten großen internationalen Auftritt. Die Konferenz drohte an einem lautstarken Protest von Vertretern aus den Entwicklungsländern zu scheitern, die sich vom Norden benachteiligt fühlten. Doch als der ai-Chef das Podium betrat, verstummten alle Teilnehmer.

Eindringlich erinnerte Sané an die „Millionen Opfer, die erwarten, daß wir unsere Arbeit tun“. Der Applaus zeigte, daß Amnesty jetzt „ein Gesicht hat, mit dem sich auch die Aktivisten aus der Dritten Welt identifizieren können“, freute sich der neue Generalsekretär. □



Amnesty-Generalsekretär Sané: „Hungertod ist eine Art der Folter“

Die wenigen Regierungen unter den 183 Uno-Mitgliedern, die im neuesten Amnesty-Jahresbericht nicht angegriffen werden, können sich kaum selbstgefällig zurücklehnen. „Wer nicht drinsteht, muß keineswegs eine weiße Weste haben“, betont Gunnar Köhne, Sprecher der deutschen Amnesty-Sektion, „unsere Recherche-Kapazitäten sind begrenzt.“

Als Gefangenenhilfsorganisation vor allem in Ost und West machten sich die Anwälte und Aktivisten von Amnesty International (ai) einst einen Namen, 1977 erhielten sie den Friedensnobelpreis. Inzwischen kümmern sie sich um staatliche Übergriffe in aller Welt, neben bestialischen Hinrichtungen wie in Burma oder systematischen Folterungen

glaubt. 1200 Bewerber hatten sich um den Posten bemüht, mehr als ein halbes Jahr dauerte der Auswahlprozeß, ehe der kosmopolitische Afrikaner ausgesucht wurde. Sané hat in Paris, Kanada und London studiert, er ist Katholik, seine senegalesische Frau Moslemin.

Zu Amnesty stieß der eloquente Verfechter einer multikulturellen Welt erst 1988. Der „unkonventionelle Mann ist nicht so ein Mandatspapst wie mancher andere“, meint Köhne zufrieden. Auch die einflußreiche deutsche Amnesty-Sektion hatte sich dafür eingesetzt, „daß bei gleicher Qualifikation jemand aus dem Süden genommen wird“, erklärt Deutschlands ai-Chef Volkmar Deile.

„Um die Universalität der Menschenrechte glaubwürdig zu predigen“, sagt